Hans Modrow

Brückenbauer

Als sich Deutsche und Chinesen nahe kamen

Eine persönliche Rückschau

verlag am park

Das Buch

Die Volksrepublik beging 2019 ihren 70. Geburtstag, die DDR war da bereits fast 30 Jahre tot. Der Sozialismus chinesischer Prägung erwies sich nicht nur lebensfähiger als das sowjetische Sozialismusmodell. Dank seiner Innovationskraft sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht, aber auch aufgrund einer selbstbewussten und klaren Führung entwickelte sich das Land zur zweitstärksten Volkswirtschaft der Welt. Im Unterschied zu anderen Staaten geht es Peking, wie Hans Modrow bei seinen vielen Kontakten feststellte, nicht um Hegemonie über andere, sondern um Harmonie. Das Selbstverständnis der Chinesen wurzelt in einer Jahrtausende alten Kultur, die in den letzten hundert Jahren intensiv von der Welt lernte. Modrow berichtet in diesem Buch, inwieweit Deutschland, insbesondere aber die DDR, dabei eine Rolle spielte.

Der Autor

Hans Modrow, Jahrgang 1928, aufgewachsen in Pommern, Maschinenschlosserlehre und zu Kriegsende noch in Hitlers letztes Aufgebot gepresst. Dafür kam er für vier Jahre in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Im Gründungsjahr der DDR Rückkehr nach Deutschland. Nach kurzer Berufstätigkeit in der Produktion Einstieg in die Politik: Funktionär im Jugendverband FDJ, dann in der SED, Parlamentarier und Absolvent der Komsomolhochschule in Moskau, der Parteihochschule »Karl Marx« und der Hochschule für Ökonomie Berlin, Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin 1966. Von 1958 bis 1990 gehörte er der Volkskammer an. Nach sechzehn Jahren als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden wurde Modrow im Herbst 1989 vom Parlament mit der Regierungsbildung beauftragt. Nach dem Ende der DDR unverändert politisch aktiv: als Parlamentarier und als Elder Statesman.

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-947094-87-5

© 2021 verlag am park in der edition ost Verlag und Agentur GmbH, Berlin
Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.
Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Satz: edition ost
Illustrationen: Archiv Hans Modrow S. 31, 35, 62, 143, 164, 173;
Archiv edition ost S. 20, 23, 56, 71, 75, 112, 122, 133, 136;
Rudolf Denner S. 203;
Hans-Jürgen Probst S. 44, 145, 149, 181, 204, 207, 219;
Frank Schumann S. 25, 48, 89, 97, 141 und Titel;
Jianzheng Wang S. 12, 213 und Rücktitel
Titelfoto: Lugou Qiao von 1192, die auch Marco-Polo-Brücke heißt, weil sie der Händler aus Venedig im Jahrhundert danach betrat und in seinen Reisebeschreibungen erwähnte. Am 7. Juli 1937 begann hier, im Südwesten Pekings, der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg, der erst am 9. September 1945 endete. Die Brücke ist 235 Meter lang und wird von über fünfhundert »Wächterlöwen« geschmückt. Mit der Restaurierung 1986/87 wurde ein neues Kapitel ihrer Geschichte aufgeschlagen.
Rücktitel: Zufällige Begegnung am 5. November 2019 in einer der vielen gepflegten Parkanlagen von Xuzhou in der Provinz Jiangsu

Die Bücher des verlags am park und der edition ost werden von der Eulenspiegel Verlagsgruppe vertrieben.

www.eulenspiegel.com

Inhalt

Vorbemerkung 5

DDR und China – zwei freundschaftlich verbundene Partner. 1949 bis 1960 15
Unsere Ausgangsbedingungen waren ähnlich . . 15
Zum ersten Mal nach China 27

Die schweren Jahre 1961 bis 1985 46
Soziale Probleme in China und in der DDR . . 51
Die Eskalation der bilateralen Beziehungen zwischen der KPdSU und der KP Chinas im Juni 1963 60
»Chruschtschowismus ohne Chruschtschow«: auch unter Breshnew keine Kursänderung 68
Die US-Aggression in Vietnam 72
Proletarische Kulturrevolution 1966-1976 73
Der Grenzkrieg am Ussuri 1969 83
Rückkehr zur Normalität 86
70 zu 30: Über den Umgang mit Mao Zedong . . 91
1978: die Zäsur in Chinas neuerer Geschichte, ohne das dies in der DDR wahrgenommen wurde 100

Die Reaktivierung der Beziehungen 1986 bis 1989 . . . 107
Erste Fühlungnahme der DDR im April 1984 . 110
1985: Peking sendet ein Signal an Moskau, und Berlin ist der Überbringer – doch Gorbatschow begreift nichts 115
Deng Xiaoping 1985: »Wir haben Falsches berichtigt« 123
Generalsekretär Honecker bei Generalsekretär Hu Yaobang 130

Gegenbesuch in der DDR und Abstecher nach Dresden 135
Warum ticken Chinesen anders als wir in Europa? 144

Ende der DDR, Ende der staatlichen Beziehungen 151

Das 41. Jahr der DDR 167

Meine China-Reisen in den vergangenen dreißig Jahren 174
Arrogante und dumme Reaktionen bei den Linken 192
2018: Peking, Pjöngjang, Seoul und wieder Peking 195
Im »Deutsch-Chinesischen Ökopark« in der ehemaligen deutschen Kolonie Kiautschou 205

Das letzte Wort, aber nicht das der Geschichte 210
Letztes Wort eines zornigen Alten 222

Zeittafel 227

Meine China-Reisen in den vergangenen dreißig Jahren

In Europa herrscht die Überzeugung vor, dass sich hier der Gipfel humanistischen Denkens und Handelns entwickelt habe. Hier stand die Wiege der Demokratie, und mit den Auswanderern trat diese Form der Staatsordnung ihren globalen Siegeszug an. Entscheidende Wegmarken waren dabei 1787 die amerikanische Verfassung und 1789 die Französische Revolution. Die Aufklärung sorgte für die schrittweise Überwindung der vorher auf Glauben und Tradition beruhenden gesellschaftlichen Vorstellungen. Diese – sich als westlich bezeichnende – Form der Organisationen des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens habe nicht nur ihre Lebensfähigkeit, sondern auch ihre Innovationskraft bewiesen, heißt es seither. Damit wird nicht nur legitimiert, dass man mit diesem Maßstab den Rest der Welt beurteilen darf. Mit dieser Überheblichkeit glaubt man auch, alle anderen davon überzeugen und belehren zu müssen.

Zur propagandistischen Begründung dient noch immer das vom einstigen Kolonialoffizier der Krone und Ex-Premier Winston Churchill auf der Sitzung des britischen Unterhauses am 11. November 1947 geprägte Postulat: »Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.« Churchill wird auch der Satz zugeschrieben: »Wer mit 20 Jahren kein Kommunist ist, hat kein Herz. Wer mit 30 Jahren noch Kommunist ist, hat keinen Verstand!«

In der einen wie in der anderen Formulierung spiegeln sich Arroganz und Überheblichkeit der herrschenden

Klasse im Kapitalismus, die sich als Statthalter und Sachwalter der »Demokratie« versteht, welche also die beste aller denkbaren Regierungsformen darstellt.

Am 3. Oktober 1990 wurde ich gemeinsam mit etwa sechzehn Millionen Landsleuten aus der DDR zum Bundesbürger. Ohne gefragt worden zu sein, befreite man uns von den Fesseln der Diktatur des Proletariats und überführte uns in das Reich der Freiheit und der Demokratie. Das stimme nicht, wird jetzt mancher einwerfen, es fand eine Volksabstimmung statt, eine demokratische Entscheidung für diesen Schritt, nämlich am 18. März 1990, als eine Mehrheit des Wahlvolks der DDR für jene Parteien votierten, die einen raschen Anschluss an die reiche Bundesrepublik und die Abschaffung der DDR wollten.

Diese angeblich freie und demokratische Entscheidung war in Wirklichkeit ein mit massiver Hilfe des Westens vorbereiteter Regime-Wechsel.

Ich verweigerte in der Volkskammer, deren Abgeordneter ich seit 1958 war, dem sogenannten Einigungsvertrag meine Zustimmung. Damit gehörte ich zu einer Minderheit, die den Sirenengesängen vom Rhein, den propagandistischen Versprechungen aus politischer Überzeugung keinen Glauben schenkte. (Der westdeutsche Wortführer, Bundeskanzler Helmut Kohl, versprach »blühende Landschaften« und nahm, vermutlich unbewusst, damit Anleihe bei Mao Zedong: Mao wollte mit dem chinesischen Volk »Meere zu Maulbeerfeldern« machen. Maulbeerbäume sind übrigens die Lebensgrundlage von Seidenraupen, deren hoher Nutzwert Preußens Herrscher früh erkannten. König Friedrich II. ließ in Brandenburg drei Millionen Maulbeerbäume anpflanzen. Manche dieser Bäume aus dem 18. Jahrhundert stehen noch und werden gepflegt, auf Kohls »blühende Landschaften« warten viele Ostdeutsche noch immer.)

Als Materialist musste ich nicht erst bei Marx und Lenin nachschlagen, welches Schicksal der von uns in vier

Jahrzehnten aufgebauten Ordnung durch diesen Regime-Wechsel beschieden sein würde. Das konnte man auch bei dem sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland verehrten Dichter Friedrich Schiller, dessen Konterfei lange Zeit den Zehn-Mark-Schein der DDR zierte, nachlesen. Schiller deklamierte in seinem Drama »Demetrius« – das war ein Russe, der zu Beginn des 17. Jahrhunderts Anspruch auf den Zarenthron erhob – ziemlich verständlich: »Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn. / Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen. / Bekümmert sich ums Ganze, wer nichts hat? / Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl? / Er muss dem Mächtigen, der ihn bezahlt, / um Brot und Stiefel seine Stimm' verkaufen. / Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen. / Der Staat muss untergehn, früh oder spät, / wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.«

Das schrieb Friedrich Schiller 1804!

Als nunmehriger Bundesbürger, zu dem ich durch erkauftes Mehrheitsvotum gemacht worden war, reiste ich wiederholt in die Volksrepublik China. Mal fuhr ich als Bundestagsabgeordneter, mal als Europa-Parlamentarier, schließlich als Vorsitzender des Ältestenrates der Partei, die aus der SED hervorgegangen ist. Politische oder wissenschaftliche Institutionen luden mich ein. Das war nicht nur der Freundlichkeit gegenüber einem Freund Chinas geschuldet, sondern hing, wie ich meinte zu erkennen, mit zwei Überlegungen zusammen.

Zum einen hatte sich mit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit der Charakter der offiziellen Beziehungen zwischen China und Deutschland verändert. Folglich veränderten sich die Umgangsformen, die Schwerpunkte der Kooperation. Die DDR gab es nicht mehr, also auch keine politisch-ideologische Gemeinsamkeiten, keine gemeinsamen weltanschaulichen Wurzeln, keine gemeinsame theoretische Basis.

Zum anderen aber, und das war wohl auch ein Reflex auf diesen Umstand, wollte China auf der nichtstaatlichen Ebene die Beziehungen zu der Partei, die sich aus der SED entwickelt hatte und in Opposition zur bürgerlich-kapitalistischen Ordnung in Deutschland stand, nicht abreißen lassen. Die SED hatte sich ja nicht aufgelöst, ihre Mitglieder standen zu ihren internationalistischen Verpflichtungen. Dass also die chinesischen Genossen gern auf alte Kontakte zurückgriffen, war nichts Ungewöhnliches. Zumal sich die Zusammensetzung der Partei sukzessive veränderte. Sie wurde nicht nur jünger, sondern auch anders, insbesondere nachdem sich die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) im Jahr 2007 mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei *Die Linke* vereint hatte. Die WASG war von ehemaligen linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären in Westdeutschland gegründet worden. Das war eine Reaktion auf die unsoziale Politik der seit 1998 regierenden Koalition von SPD und Grünen und auch darauf, dass diese Regierung dafür gesorgt hatte, dass deutsche Soldaten erstmals seit 1945 wieder in einen Krieg zogen.

Durch den Zusammenschluss von ostdeutsch geprägter PDS und den in der WASG dominanten Westdeutschen entstand eine neue, ganz anders verfasste Partei und damit auch ein anderes Politikverständnis mit einem anderen Politikstil und einer anderen Weltsicht. Das Verhältnis zur DDR und deren Geschichte ist bis heute nicht geklärt; viele Linke folgen den Diffamierungen und Verleumdungen der herrschenden Klasse. Um akzeptiert zu werden übernehmen sie bereitwillig deren Urteile und Charakterisierungen, statt das konsequent zu verteidigen. Wer eine gesellschaftliche Alternative zum menschenfeindlichen Kapitalismus anstrebt, kann nicht auf die guten wie auch die schlechten Erfahrungen des sozialistischen Anfangs verzichten.

Darum gab es aus Pekinger Sicht zunehmend auch weniger Ansprechpartner in der deutschen Partei, die eine solch lange wie emotionale Bindung zur chinesischen Partei und zur Volksrepublik China besaßen wie ich. So wurde ich denn aus objektiven Gründen einer der wenigen verbliebenen Verbindungskanäle zwischen dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin und Peking.

Den Besuchen, die ich oft in Begleitung von Weggefährten in und außerhalb der Partei unternahm, schlossen sich nach den politischen Gesprächen oft Reisen ins Land an. Man zeigte uns moderne Betriebe und Einrichtungen, arrangierte Treffen mit Kommunalpolitikern und Wirtschaftskapitänen, mit Studenten und Parteiveteranen, mit Wissenschaftlern und Militärs. Bei all diesen Begegnungen wurde sehr deutlich, mit welcher Aufmerksamkeit die Chinesen die Veränderungen in der Welt studierten, wie sie diese interpretierten und daraus Schlüsse für ihr eigenes Handeln zogen, ohne zu meinen, den Stein des Weisen zu besitzen. Ich registrierte über die Jahre aber auch Veränderungen in der chinesischen Politik. Weniger in der strategischen Orientierung, mehr in der praktischen Umsetzung. Das Selbstbewusstsein wuchs mit der Wirtschaft, es verschob die Weltsicht und das geostrategische Denken.

So erinnere ich mich einer zehntägigen Reise im September 2012. Anlass war die Ausgabe meines Buches »Die Perestroika. Wie ich sie sehe« in chinesischer Sprache. Das Buch war vor fast fünfzehn Jahren erstmals in der edition ost in Deutschland erschienen, und nicht nur der Verlag war erstaunt, weshalb man sich nach so langer Zeit in China dafür interessierte. Der Untergang des europäischen Sozialismus, mehr noch die Gründe, die zu seinem Ende geführt hatten, beschäftigten offenkundig nicht wenige Chinesen noch immer. Das spürte ich deutlich in den Gesprächen. Und nicht nur ZK-Mitglieder diskutierten diese Fragen.

Alle erwarteten von dem bevorstehenden XVIII. Parteitag auch Antworten auf kritische innenpolitische Entwicklungen im Lande. Ein chinesischer Genosse, in Kenntnis unserer Geschichte und mit einem Anflug von Ironie, fragte mich, ob ich davon ausgehe, dass es auch noch einen XIX. Parteitag geben werde.

Ich antwortete ausweichend, ob er denn wisse, wohin sich der Sozialismus chinesischer Prägung entwickeln werde. Bleibe man bei Marx oder gehe man weiter bis Konfuzius zurück? Es fänden, so gab ich meine Beobachtungen wieder, keine Diskussionen über theoretische Fragen statt, man debattiere allenfalls soziale Themen. Das sei gewiss wichtig, aber ohne theoretisches Rüstzeug ist alles andere nichts. Darauf meinte der Genosse, dass alle unsere Parteilehrjahre und Theorieseminare – betrachte man nüchtern das Resultat – nichts gebracht hätten, worauf ich kaum widersprechen konnte.

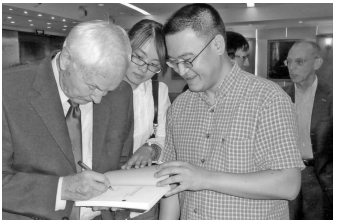
Wie auch immer: Den meisten Chinesen war bewusst, dass es so wie bisher nicht weitergehen konnte. Die Ressourcen waren begrenzt und Wachstum nicht alles. Ökologische Fragen rückten immer mehr in den Vordergrund. Die Führung schien sich dessen bewusst zu sein, und weil sie überdies sah, dass man nicht nur in der Volksrepublik, sondern auch in der Welt eine zukunftsorientierte Weichenstellung von Peking erwartete, tat man sich mit der Vorbereitung des Parteitages offenkundig schwer. Die zog sich in die Länge.

Ohne mich wichtiger zu nehmen, als ich es bin, wurde mir auf dem Rückflug bewusst, dass ich offenkundig einen kleinen Beitrag zur öffentliche Selbstverständigung der Partei beigesteuert hatte. Mein Buch über die Perestroika – zutreffender: über deren Scheitern – war von einem Redaktions- und Übersetzungsbüro beim Zentralkomitee herausgegeben worden, einer Institution also, die in die Führung des Miliardenvolkes eingebunden ist. Die Herausgeber hatten eigens ein Symposium veranstaltet,

an dem viele bedeutende Leute teilnahmen und etliche kluge Reden gehalten wurden. Yi Junqing, der Leiter des Büros, begründete, warum man meine Schrift herausgebracht habe: weil es aus chinesischer Sicht »von großer Bedeutung für die eingehende Erforschung der historischen Ursachen und großen Auswirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten in Osteuropa« sei, und zwar für die Erforschung »aus mehreren Perspektiven«. Auch aus chinesischer Sicht habe das sowjetische Modell versagt. »Das hochzentralisierte und monopolisierte System der Planwirtschaft, die dogmatischen Ansichten der kommunistischen Partei und das starre Politiksystem (hätten) die nachhaltige Entwicklung und Reform des Sozialismus in der Sowjetunion« verhindert. Interessanterweise fiel der Name Gorbatschow nicht ein einziges Mal.

Sodann schlug Yi Junqing, ein Mann anfang Fünfzig, einen Bogen in die Gegenwart. Die einstigen sozialistischen Staaten hätten in den letzten zwanzig Jahren »einen großen Bruch und eine radikale Transformation bei der gesellschaftlichen Entwicklung« erfahren. An die Stelle des vorher als einzig richtig angesehenen Entwicklungsmodells – das der sowjetischen Planwirtschaft – trat der Neoliberalismus, der als das einzige und alternativlose Modell der Welt präsentiert werde. Der »demokratische Westen« begehe den gleichen Fehler wie die Sowjetunion: »Er verneint die Möglichkeit anderer Entwicklungswege und -modelle und geht davon aus, dass es in der Ära der Globalisierung nur einen Weg gebe für alle Länder der Welt.« China lehne jedoch Modelle ab und sei auch selbst keines. Der Sozialismus chinesischer Prägung sei eine spezielle Form, die nur hier funktioniere und nicht kopiert werden könne.

Drittens schließlich, und das war für mich auch die Erklärung, weshalb man sich für mein Buch interessierte: Die Sowjetunion habe einen »tiefgreifenden Einfluss auf



Präsentation der chinesischen Ausgabe meines Buches »Die Perestroika. Wie ich sie sehe« am 18. September 2012, im Hintergrund mein Begleiter Hans-Jürgen Probst (r.)

China« gehabt. Ihr Untergang wie der ihrer Verbündeten »übte auch einen großen Druck auf China aus und stellte es auf die Probe«.

Mit anderen Worten: Der Untergang des europäischen Sozialismus hatte einerseits unmittelbare Folgen für China gehabt, andererseits wollte man aus unseren Fehlern und Irrtümern lernen, um sie nicht zu wiederholen.

Yi Junqing sollte im Januar 2013 von der Zentralkommission für Disziplinarkontrolle der Partei wegen ethisch-moralischer Verfehlungen als Leiter des Büros für Zusammenstellung und Übersetzung des Zentralkomitees abgelöst werden. In moralischen Fragen verstanden die Genossen keinen Spaß, zumal Yi Junqingin in die Diskussion die sogenannte Vertrauensdoktrin selber eingeführt hatte, die in den Parteitagsdokumenten und deren Auswertung eine große Rolle spielten. Noch im November 2016 griff der auf dem XVIII. Parteitag gewählte Generalsekretär Xi Jinping dieses Thema auf: »Um das Wiederaufleben der chinesischen Nation zu ermöglichen, müssen wir unser Vertrauen in den Weg, die Theorie, das System und die

Kultur des Sozialismus chinesischer Prägung festigen.« Yi Junqing war offenbar an seinen eigenen Maßstäben gescheitert.

Wir haben Probleme und Schwierigkeiten – dieser Gedanke zog sich durch alle Gespräche, die ich in jenen zehn Tagen 2012 führte. Zugleich aber zeigten sich alle davon überzeugt, dass das sozialistische System chinesischer Prägung eine große Perspektive habe. Andere Parteien könnten einen anderen Weg wählen. Man respektiere die vielfältigen Entwicklungswege anderer Länder, befürworte die Zusammenarbeit und wolle aktiv am Aufbau einer harmonischen Welt mitwirken, hieß es immer wieder. Man müsse voneinander lernen.

Und notfalls sich auch nicht mit solidarischer Kritik zurückhalten, entgegnete ich. Den Linken in Deutschland und in Europa zum Beispiel sei es nach meiner Ansicht noch nicht gelungen, ein differenziertes Bild von der Vergangenheit zu erarbeiten und diese Erfahrungen in die aktuellen politischen Anstrengungen einzubinden. Bei der durchaus notwendigen kritischen Auseinandersetzung mit unserer Geschichte sollten wir nie vergessen: Die Sowjetunion und die DDR haben zur Erhaltung des Friedens erheblich beigetragen. Und die DDR war ein Land, in welchem nach sozialer Gerechtigkeit nicht nur gestrebt, sondern diese real verwirklicht wurde. Das gelte es zu würdigen und gegen alle Anfeindungen und Schmähungen zu verteidigen. Dazu fehlten den einen der Mut, den anderen die Einsicht, und andere wiederum hätten keine Kenntnis.

Ich hatte auch ein anregendes Gespräch mit Yu Hongjun. Er war Stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen und damit zugleich Vize-Außenminister. (Inzwischen ist er, wie ich hörte, Vizepräsident der Chinesischen Volksvereinigung für Frieden und Abrüstung, CPAPD.) Der zweistündigen Begegnung wohnten zehn Mitarbeiter bei. Yu Hongjun überraschte

mich mit Details aus meinem Buch, er hatte es offenkundig gelesen. Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Beziehungen zwischen der DDR und China mit den intensiven Kontakten in den fünfziger Jahren, der 25 Jahre währenden Pause dazwischen und die wieder festen Verbindungen in der Endphase der DDR. Yu machte deutlich, dass Peking sehr aufmerksam verfolge, was sich in Deutschland tut. Er zeigte sich auch gut informiert über die Linkspartei, woran wohl auch das Pekinger Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung seinen Anteil hat.

Schließlich sprachen wir über weitere Projekte und über die Vertiefung bestehender Kontakte zu meiner Partei, zur Stiftung und zu linken Verlagen in Deutschland. Yu regte an, dass ich meine Erlebnisse und Erfahrungen in den Beziehungen zwischen der DDR und China aufschreiben solle, und zwar auch mit Blick auf chinesische Leser. Es wäre wichtig zu dokumentieren, dass wir uns doch nah waren und sind, obgleich uns doch tausende Kilometer trennen. Schließlich sei ich seit 1959, seit meinem ersten Besuch, acht Mal in der Volksrepublik gewesen. Er hatte also sehr genau mitgezählt. Ich könne bezeugen, so Yu, dass es jenseits von tagespolitischen Interessen und bündnispolitischer Raison Grundüberzeugungen gab und gibt, die Bestand hatten und haben. Die, wie wir erlebten, auch über Brüche und Verwerfungen hinwegtragen. – Letztlich verdankt dieses Buch seine Existenz auch der Anregung von Yu Hongjun.

Ich war Gast des Gemanistischen Instituts der Pekinger Universität. Die etwa dreißig Studenten und Lehrkräfte interessierten sich durchaus für die Vergangenheit, aber die meisten Fragen zielten auf Gegenwart und Zukunft. Welche Rolle Deutschland in der EU und vielleicht in der Welt spiele, wohin sich der Kontinent entwickeln werde, wollten sie von mir wissen. Mit großer Sorge, so empfand ich, verfolgten sie den aktuellen Konflikt mit Japan, den Streit um die Diaoyu-Inseln, eine

unbewohnte Inselgruppe im Ostchinesischen Meer. Die Felsen auf dem chinesischen Festlandsockel sind seit 1372 chinesisch, und im Potsdamer Abkommen 1945 wurde die Zuständigkeit Chinas fixiert. Doch als Ende der sechziger Jahre in dieser Region Gas- und Erdölvorkommen entdeckt wurden, flammten diplomatische und auch militärische Auseinandersetzungen zwischen China und Japan auf. Das Kaiserreich reklamierte nämlich plötzlich das Gebiet als seine Wirtschaftszone. 2010 erfuhr Tokio Beistand durch Washington, was gewiss nicht überraschte. Obamas Außenministerin Hillary Clinton versicherte der japanischen Regierung, dass die Inseln unter den amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt fielen. Auch US-Verteidigungsminister Robert Gates sagte, Washington werde seine »Bündnisverpflichtungen erfüllen«; im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit China würden die USA Japan zu Hilfe kommen.

Im Frühjahr 2012 eskalierte der Konflikt. Aktuell, also während meines Besuches, durchpflügten Dutzende Kriegsschiffe die Gewässer um diese Inseln, die USA hatten ihren Flugzeugträger »George Washington« und ihren Verteidigungsminister in Marsch gesetzt. Am 17. September konferierte Gates mit seinem Kollegen in Tokio und zwei Tage später mit dem in Peking sowie mit dem chinesischen Vizepräsidenten Xi Jinping.

Die Studenten bewegte dieser Streit sehr, wobei mich ein wenig ihre Leichtfertigkeit irritierte, mit der sie einer militärischen Auseinandersetzung das Wort redeten. Ich schrieb es ihrem Alter zu und erzählte ihnen, was Krieg, den ich selbst erlebte hatte, bedeuten würde.

Nicht minder verstörte mich ihre Gleichgültigkeit gegenüber zentralen politischen Ereignissen wie etwa dem bevorstehenden Parteitag. Das waren durch die Bank sympathische, aufgeschlossene, kluge Leute, aber sehr abwartend und nicht unbedingt politisch engagiert. Vermutlich gehörte das auch zu den gegenwärtigen gesell-

schaftlichen Problemen, von denen andeutungsweise Funktionäre mir gegenüber gesprochen hatten. Bei der politischen Bildung und Erziehung müsse man künftig aktiver werden, betonten sie wieder und wieder.

Dann lud mich Jia Baolan, eine Abgeordnete, die hauptberuflich einen großen Buchladen leitete, zu einem Jour fixe mit Sozialwissenschaftlern, Historikern, Unternehmern und Journalisten. Aufgrund meiner Beobachtungen erkundigte ich mich, welche Erwartungen sie an den Parteitag haben. Die Antworten fielen sehr unterschiedlich aus, doch der Zweifel war nicht zu überhören, dass die notwendigen Reformschritte in Wirtschaft und Gesellschaft nicht so groß ausfallen würden, wie sie vielleicht sein müssten.

Das deckte sich mit Überlegungen, die im Juli auf einem Forum an der Zentralen Parteihochschule in Peking geäußert worden waren. Die wirklichen Schwierigkeiten für China seien »nicht die internationale Lage«, auch nicht die Peripherie des Landes, sondern sie »bestehen darin, die Reformen fortzusetzen und zu nachhaltigem und ökologischem Wirtschaftswachstum im Innern überzugehen«, hatte der Direktor der Parteihochschule geäußert. Die Kluft zwischen den reichen, wirtschaftlich hoch entwickelten Provinzen im Osten und Süden und den Gebieten im Landesinneren oder den Grenzregionen sei gewachsen. Das Bildungs- und Gesundheitssystem müssten dringend umgebaut und modernisiert werden. Der Aufbau einer funktionierenden Altersversorgung komme nicht schnell genug voran, aber die Bevölkerung altere rapide. Enorme Ressourcen an Rohstoffen, Energie und Arbeitskraft würden verschwendet, Umwelt und Natur geschädigt oder vernichtet. Schlechte Qualität und nutzlose Produkte belasteten die Ergebnisse und den Ruf der Wirtschaft, klagte der Direktor der Parteihochschule, der Xi Jinping hieß. Zudem untergrüben immer neue Fälle von Korruption und Amtsmissbrauch das Vertrauen

in die Partei. Streiks und Unruhen zeugten von Unzufriedenheit im Land.

Nun war mir klar, dass auch bei den Chinesen jeder seinen eigenen Kopf hat, aber es erstaunte mich denn doch, wie sehr bei diesem Jour fixe die Meinungen auseinandergingen. »Es gibt viele konkurrierende Ideologien innerhalb und außerhalb der Partei vor und während jedes Parteitages«, hatte Prof. Li Jingtian von der Zentralen Parteihochschule gesagt. Das bekam ich zu hören und eine Ahnung davon, vor welch riesigen Problemen die Führung des Landes und der Partei standen. »Die Partei muss den Übergang von einer ›revolutionären‹ zu einer ›regierenden Partei‹ bewältigen«, hatte man mir in der Internationalen Abteilung des ZK erklärt – im 63. Jahr der Volksrepublik. Gewiss, in den letzten Jahrzehnten hatte es einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben, die jährlichen Zuwachsraten lagen um zehn Prozent. Jeder zweite Computer, jedes zweite Handy kam aus der Volksrepublik, ein Drittel bis zur Hälfte aller weltweit verkauften Textilien und Spielzeuge waren »Made in China«. Auch die ausländischen Unternehmen profitierten, VW zum Beispiel verkaufte in China inzwischen mehr Autos als in Deutschland, und die Chinesen hatten die Japaner als größte asiatische Reisenation abgelöst, was mir nicht verborgen geblieben war. Doch der Mensch lebt bekanntlich nicht vom Brot allein, auch die Chinesen hatten nicht nur immaterielle Bedürfnisse. Und jeder materielle Wunsch, sobald er befriedigt worden war, heckte augenblicklich neue Bedürfnisse.

Allerdings legte sich meine Unruhe ein wenig, als ich Gast an einem Forschungsinstitut für internationale strategische Fragen war. Diese Einrichtung, die Analysen zur Sicherheitslage für die Regierung und die Armee erstellte, unterhielt Beziehungen zu rund hundert Einrichtungen dieser Art auf der ganzen Welt. Zu den Mitarbeitern gehörten aktive wie ehemalige Militärs und Diplomaten, vor

allem Ex-Militärattachés. Ich verspürte dort eine größere Sensibilität für Fragen der internationalen Sicherheit als anderenorts, aber eben auch bei den Hegemoniebestrebungen fremder Mächte insbesondere im pazifischen Raum. In diesen Kreisen hat man naturgemäß ein feineres Gespür für Gefahren in Macht- und Sicherheitsfragen. Ich merkte: In diesem Forschungsinstitut – und vermutlich nicht nur dort – waren die Antennen ausgefahren. Es wurden weniger allgemeine Menschheitsfragen erörtert, sondern über geostrategische Optionen nachgedacht. Über die der anderen und über die eigenen. Dass man mich darin Einblick nehmen ließ, wertete ich als Ausdruck großen Vertrauens.

Im November, ich war schon lange wieder in Berlin, tagte für eine Woche der chinesische Parteitag. Der Kongress setzte eine Reihe neuer Ausgangspunkte: Übergang zu einer umfassenden sozialen Reform, Veränderung der »wirtschaftlichen Entwicklungsweise« bei stärkerer Ausprägung der Marktwirtschaft, Erweiterung des gesellschaftlichen Aufbaus durch die ökologische Zivilisation, Auftakt zu einer neuen Phase der politischen und der administrativen Reform, Entwicklung einer kulturellen Großmacht und Weiterführung des neuen Projekts des Parteiaufbaus … Und bis 2021, zum 100. Jahrestag der Gründung der Partei, sollte der allseitige Aufbau einer »Gesellschaft des Kleinen Wohlstands« erfolgen.

Die entscheidende Zäsur in der Parteigeschichte, so meinte ich, erfolgte auf diesem Konvent mit der Wahl einer neuen Parteiführung unter Xi Jinping. Die Mitglieder des Ständigen Aussschusses des Politbüros, wieder von neun auf sieben Mitglieder verkleinert, waren neu gewählt worden. Bis auf Xi und Li Keqiang kamen neue Leute in das höchste Gremien von Staat und Partei. Das war ein deutlicher Generationswechsel. Als Jugendliche hatten die nunmehr wichtigsten Personen in China die Kulturrevolution mit all ihren Verwerfungen und Konsequenzen erlebt, sie waren davon geprägt worden. Min-

destens ebenso wichtig: Ihr Bildungsstand war höher als der der vier Vorgängergenerationen.

Politisch erfolgte eine Hinwendung zur Lösung der akuten sozialen Probleme der Bevölkerung, denn die soziale Frage war in der Reform- und Öffnungspolitik vernachlässigt worden. Das hatte ich immer wieder in meinen Gesprächen zu hören bekommen. Die ungleiche Verteilung des wachsenden Gewinns, der mit der stetig steigenden Produktion erwirtschaftet wurde, hatte zu sozialer Ungerechtigkeit und zu einer sozialen Polarisierung in der Gesellschaft geführt. Das stellte zunehmend die soziale Stabilität des Landes infrage, wie die Äußerungen von Unzufriedenheit zeigten. Mancherorts entluden sich diese bereits in Protesten. Daher auch das Versprechen auf dem Parteitag, bis 2021 den erwirtschafteten Reichtum besser zu verteilen, eine »Gesellschaft des Kleinen Wohlstands« zu gestalten. Das bedeutete, die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Rente und Wohnen zu befriedigen. Fortan sollte das Einkommen im Maße der Steigerung des Nationaleinkommens wachsen und die Lohnentwicklung an die Steigerung der Arbeitsproduktivität gekoppelt werden.

Und die zweite Kurskorrektur: Die Welt sollte künftig nicht mehr mit billigen Massenartikeln überflutet werden, die zudem oft unter bedenklichen Bedingungen hergestellt wurden – es sollte eine Hinwendung zu einer qualitativ und ökologisch verträglichen Wirtschaftsweise erfolgen. Das machte eine strategische Regulierung der Wirtschaftsstruktur nötig, verlangte nach neuen, modernen Betrieben, wissenschaftlich-technischen Innovationen, erforderte eine nachhaltige und produktive Verknüpfung von Landwirtschaft und Industrieproduktion sowie eine stärkere Konzentration des staatlichen Kapitals auf Branchen und Schlüsselgebiete, die für die staatliche Sicherheit und die Entwicklung der Volkswirtschaft ent-

scheidend waren. In den sechziger Jahren hatte Ulbricht in der DDR dafür den Begriff »Störfreimachung« kreiert: Damit sollte die Abhängigkeit der DDR-Volkswirtschaft von westlichen Zulieferungen reduziert werden, denn oft versuchte der Westen politischen Druck mit Embargo- und Boykottmaßnahmen auszuüben. (Die USA hatten 1949 zudem einen Koordinationsausschuss für multilaterale Ausfuhrkontrollen [CoCom] ins Leben gerufen, mit dem den NATO-Staaten der Technologie-Export entsprechend einer ständig aktualisierten Liste in den Osten einschließlich China untersagt wurde.) Heute – obgleich doch das Coordinating Committee on Multilateral Export Controls 1994 aufgelöst wurde – setzt man die gleichen Mittel ein, da heißen sie politische Sanktionen.

Die Erklärung des XVIII. Parteitages, »das System der sozialistischen Marktwirtschaft zu vervollkommnen und den Wandel des Entwicklungsmodells zu beschleunigen«, machte deutlich, dass erstmals – ausgewiesen im neuen Fünfjahrplan, inzwischen dem zwölften seit Gründung der Volksepublik – der sozialen Frage ein entscheidender Platz in der gesamten Strategie und Politik der Partei eingeräumt wurde.

Auf der anderen Seite, aber damit bekenne ich mich zur traditionellen Denkschule und meiner Skepsis, setzten die Beschlüsse zur weiteren Öffnung die Integration Chinas in die kapitalistische Weltwirtschaft fort. Zudem empfand ich die Betonung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der chinesischen Politik als eine Art Absage an den proletarischen Internationalismus. Natürlich, auch die Volksrepublik hatte in erster Linie an sich und an ihre Bevölkerung zu denken, es ging (und geht) um die Sicherung der strategischen Staatsinteressen und damit um die Zukunft Chinas. Gleichwohl erhielt die Diskussion bei den Linken in der Welt neue Nahrung, ob denn das noch Sozialismus sei, was die chinesischen Genossen da machten? Inwieweit beherrschten sie noch

die von ihnen in Gang gesetzten Prozesse? Ließ sich der Geist des ungehemmten Kapitalismus, der aus der Flasche gelassen worden war, in diese wieder zurückbringen und sie verschließen?

So fragten viele in der Welt und zeigten damit ihre Bedenken und Zweifel. Diese bestehen fort. Wie wird sich das Verhältnis zwischen der sozialistischen Staatsmacht und der ökonomisch starken Klasse des privaten Unternehmertums gestalten? Deren Anteil an der Erzeugung des Bruttoinlandsprodukts betrug 2003 etwa 33 Prozent, 2011 war er bereits auf 60 Prozent gewachsen. 75 Prozent aller Werktätigen arbeiteten in privaten Betrieben. Der Umfang der von privaten Unternehmern getätigten produktiven Investitionen sollte 2015 schon 61,4 Prozent betragen (was umgerechnet etwa 4,4 Billionen Euro entspricht).

Privatkapitalistische Betriebe besitzen mehr als 50 Prozent der chinesischen Patente, und sie zahlen auch über die Hälfte der Steuern, welche der chinesische Staat einnimmt. Ihr Anteil am Export beträgt 45 Prozent, während der staatlicher Betriebe auf 15 Prozent abgesunken ist; der Rest entfällt auf internationale Unternehmen, die in China tätig sind. Am Kapitalexport durch Investitionen in anderen Ländern ist die chinesische Bourgeoisie mit über 70 Prozent beteiligt, hieß es in verschiedenen chinesischen Medien Mitte der zehner Jahre.

Aus diesen Zahlen geht eindeutig hervor, dass Privatkapital und Privatunternehmer in der chinesischen Wirtschaft eine weit größere ökonomische Macht darstellen, als vermutet. Daher kam Prof. Helmut Peters, einst an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften bei ZK der SED als Leiter der »Arbeitsgruppe China« tätig, damals zu dem Schluss: »Es scheint, dass die Gefahr, die heute der sozialistischen Perspektive droht, von dieser Seite mindestens so groß ist, wie die von Seiten des internationalen Kapitals. Gut 75 Prozent der städtischen Arbeiter,

d. h. der weitaus überwiegende Teil der chinesischen Arbeiterklasse, sind in diesem Sektor der Wirtschaft beschäftigt. Der Klassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital ist auf dem Wege, die gesellschaftliche Entwicklung Chinas maßgeblich zu bestimmen.«

Die chinesische Gesellschaft weise bei der Einkommensstruktur eine sehr ungesunde Gliederung auf: etwa zwei bis drei Prozent Reiche (Angehörige der privaten Unternehmers- und der oberen Funktionärsschicht), etwa 23 Prozent mit einem mittleren Einkommen (städtische Mittelschicht genannt, vorzugsweise Behördenangestellte der Partei und des Staates, leitendes Personal der Betriebe, Lehrer, Angehörige der Intelligenz), etwa 60 Prozent mit geringem Einkommen (Arbeiter, niedere Angestellte und Bauern) und etwa 15 Prozent Arme, deren Einkommen am Existenzminimum oder auch darunter liegt. So Prof. Zhang Guangming und Dr. Ma Jiahong von der Universität Peking in einer 2015 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Publikation.

Ex-Arbeitsgruppenleiter Helmut Peters gab zu bedenken, »dass die Nutzung der kapitalistischen Marktwirtschaft für die Schaffung der materiellen Voraussetzungen des Sozialismus als Gesellschaftsordnung unter bestimmten politischen und ökonomischen Bedingungen möglich und erfolgreich sein kann. Der Preis für die Nutzung der Vorzüge der Marktwirtschaft ist jedoch die unablässige und auf Dauer zunehmende Freisetzung von Kapitalismus in den ökonomischen Verhältnissen. Das stellt die sozialistische Perspektive Chinas objektiv und in der Tendenz unweigerlich immer stärker in Frage.« Zu fragen ist auch, wie sich die chinesischen Gewerkschaften auf die neuen Verhältnisse einstellen. Ein dichteres Gerüst des Arbeitsrechts muss auch erst durchgesetzt werden in einer Gesellschaft, die sich jahrzehntelang auf Basis von behördlichen Weisungen und starken Lokalinteressen entwickelte. Dabei könnten Gewerkschaften durchaus wirk-

sam sein, auch wenn in den letzten Jahren die Funktion des Parteisekretärs als Chef von Großunternehmen bzw. maßgebliches Geschäftsleitungsmitglied wieder eingeführt wurde, nachdem diese Doppelfunktion in den achtziger, neunziger Jahren im Zuge der personalisierten »Verantwortungssysteme« schon abgeschafft worden war.

Arrogante und dumme Reaktionen bei den Linken

Im einstigen Zentralorgan *Neues Deutschland* hatte man die Kommentierung des Parteitages jemandem überlassen, der den Konvent »Military-Marionetten-Show im hermetisch abgeriegelten Kongress-Zirkus der Geschichtssieger« nannte. Der Mann, der früher unablässig und ohne Not Erich Honecker in den höchsten Tönen gerühmt und zitiert hatte, was nicht nur diesen unangenehm berührte, und der einst in der DDR auf politischen Zusammenkünften selber peinliche Reden schwang, höhnte nun: »Wenn der Mittagsschlaf im Fernsehen übertragen wird, nennt man ihn: Parteitag. Derzeit in der Großen Halle des Volkes in Peking: der XVIII. Parteitag der KP Chinas.«

Ich schaute auf die erste Seite, ob man dort den Untertitel »Sozialistische Tageszeitung« entfernt hatte, aber nein. Ich schämte mich für das Blatt, das so etwas gedruckt hatte.

Der scheidende Generalsekretär Hu Jintao hinterließ 2012 jedenfalls als Vermächtnis, an »unserem Ideal und am Kommunismus« festzuhalten, engste Beziehungen zum Volk zu pflegen und das Volk immer an die erste Stelle zu stellen, innerparteiliche Demokratie und Kreativität zu fördern, die besten Kräfte für die Sache der Partei und des Landes zu gewinnen und jederzeit der Führung der Partei zu folgen. Dengs Forderung »Die Steine ertastend den Fluss überqueren« bleibe unverändert gültig.

Allerdings könne es zum »Kollaps von Partei und Staat« führen, wenn der Kampf gegen Korruption und Verschwendung nicht erfolgreich sein werde.

Hus Nachfolger Xi Jinping wurde in den westlichen Medien als »Saubermann« bezeichnet, weil er als Parteichef in Shanghai, als Vizepremierminister und als Mitglied des Ständigen Ausschusses entschlossen gegen die Korruption gekämpft hatte. Diese gehörte zu den »vier großen Risiken«, so Hu von der Parteitagstribüne, die das Land und die Partei gefährdeten: Korruption, nachlassendes politisches Bewusstsein und Degeneration, Lösung von den Massen und Unzulänglichkeiten bei der Regierungsarbeit.

Als Xi nach dem Amtsantritt entsprechend handelte, erklärte ihn der Westen bald zum Autokraten. Regelmäßig ging der Generalsekretär auch in seinen Reden auf diese Themen ein, betonte das einheitliche und geschlossene Handeln der Partei. »Der Schmied muss sich selbst härten, wenn er mit Eisen zu tun hat«, sollte er im Januar 2016 erklären, was mich sehr an Goethes Gedicht »Geh! gehorche meinen Winken« erinnerte: »… Auf des Glückes großer Waage / Steht die Zunge selten ein; / Du musst steigen oder sinken, / Du musst herrschen und gewinnen / Oder dienen und verlieren, / Leiden oder triumphieren, / Amboss oder Hammer sein.«

Xi Jinping auf der Plenarsitzung Anfang 2016 weiter: »Trotz wiederholter Ermahnung durch das Zentralkomitee seit dem XVIII. Parteitag, dass führende Kader die politische Disziplin und die politischen Regeln strikt einzuhalten haben, scheinen manche noch immer nicht bereit, der Partei Gehör zu schenken. Es gibt immer noch solche, die für ihre eigenen Interessen Cliquen und Fraktionen bilden, unter Clanmitgliedern prinzipienloses Lagerdenken walten lassen und sich mit aller Kraft nach oben mogeln; es gibt auch solche, die, wohl wissend, dass sie keine Kandidaten für die nächste Amtszeit sind, ihre

Kumpane aussenden, um sich für Abstimmungen einzusetzen und unbefugte Aktivitäten zu organisieren; wieder andere verfolgen ungezügelt politische Ambitionen und spucken große Töne wie: ›Man will schließlich noch zu Lebzeiten nach Zhongnanhai (*das ist der Sitz der zentralen Partei- und Staatsorgane rund um den Zhongnanhai-See, früher eine kaiserliche Gartenanlage – H. M.*) aufsteigen und nach dem Tode in Babaoshan (*Prominentenfriedhof im Westen Pekings – H. M.*) beigesetzt werden.‹

Wieder andere scharen Gefolgsleute um sich und bauen somit den Ort, dem sie vorstehen, zu einem eigenen Fürstentum aus, sie kommen den Beschlüssen und Anordnungen des Zentralkomitees der Partei nur mit Worten, aber nicht mit Taten nach und versuchen ihre politischen Ambitionen rücksichtslos mit allen nur erdenklichen Mitteln durchzusetzen.

Diese Probleme haben einen entscheidenden Einfluss auf die politische Sicherheit von Partei und Staat«, so Xi, ein promovierter Jurist. Man müsse »schändliche Phänome wie diese mit der Wurzel ausrotten«, forderte er und zitierte dazu den chinesischen Dichter Du Fu, der vor über tausend Jahren gelebt hatte: »Junge unschuldige Kiefern sollten tausend Fuß hoch wachsen, morsche Bambusse dagegen Schlag um Schlag gefällt werden.«

Dass dieser harte Kurs im Umgang mit der Korruption (aber eben auch mit anderen gesellschaftlichen Fragen) von der Mehrheit der chinesischen Genossen getragen wird, bestätigte der XIX. Parteitag im Oktober 2017. Dort sollten die Überlegungen Xis zum Sozialismus chinesischer Prägung im neuen Zeitalter, konzentriert in vierzehn Punkten, bestätigt und ins Parteistatut aufgenommen werden. Die Partei werde sich dabei künftig vom Marxismus-Leninismus, den Ideen Mao Zedongs, den Theorien von Deng Xiaoping und Jiang Zemins sowie dem Entwicklungskonzept Hu Jintaos leiten lassen, hieß es dort auch.

Die Korruption ist bekanntlich ein altes Übel der chinesischen Gesellschaft, tief verwurzelt in den Gewohnheiten. Dabei spielte auch früher schon die große Schicht der Beamtenbürokratie eine wichtige Rolle, denn sie hatte einen bedeutenden Einfluss auf die Verteilung des zentralisierten Mehrwerts und auf alle Verwaltungsentscheidungen bis hin in die Dorfgemeinschaften. Jeder Beamte konnte seine Hand aufhalten, und ohne Bestechung kam nichts zustande. »O Herr, mögest du Beamter werden« bedankte sich ein Bettler im alten China, wenn ihm ein Almosen gespendet wurde.

Diese Mentalität auszurotten ist offensichtlich ein langwieriger und mühsamer Kampf, der sehr schwer zu gewinnen ist.

2018: Peking, Pjöngjang, Seoul und wieder Peking

Das Haus war größer, schöner und moderner als damals. Doch es war dasselbe Hotel in Peking, in dem ich vor sechzig Jahren schon einmal abgestiegen war. Den alten Teil hatte man in den neuen Trakt organisch integriert. Das schien fast symbolisch. Und war nicht nur Indiz des feinen Gespürs der Gastgeber für Geschichte und Gesten, sondern auch Hinweis darauf, dass man im Fernen Osten einen anderen Umgang mit den Alten pflegt. Dort sucht man deren Rat und Nähe, fragt nach politischen Erfahrungen, während man sie in Deutschland eher als lästig empfindet, weil sie die eigenen Kreise stören.

Ich war im Herbst 2018 auf Einladung in China und in Korea unterwegs – im Norden und im Süden der Halbinsel. Dass in jenen Septembertagen Südkoreas Präsident Moon Jae In seinen Amtskollegen Kim Jong Un im Norden besuchte, war Zufall und auch wieder nicht. Meine Mission hatte mit dem Gipfeltreffen durchaus zu tun. Doch Moons Staatsbesuch mit einem Tross von